

Kann die Weltwirtschaft stabilisiert und zum Wachsen gebracht werden – angesichts vorherrschender Ideologien und Interessen?

geschrieben von Prof. Dr. Horst-joachim Lüdecke | 5. Dezember 2022

Eine Rede von Václav Klaus – dem ehemaligen tschechischen Staatspräsidenten

Vielen Dank für die Einladung zu dieser Konferenz*), das Privileg, hier sprechen zu dürfen, für die Möglichkeit, alte Freunde zu treffen, und nicht zuletzt dafür, wieder in Budapest zu sein. In einer Stadt und einem Land, das eine mutige und dringend benötigte Rolle in der brave new world des heutigen Europas spielt. Ich bin enttäuscht, dass mein Land mit seiner derzeitigen politischen Vertretung nicht in der Lage ist, das Gleiche zu tun.

*) Bei der Konferenz handelt es sich um den Second Danube Summit on Geopolitics, Security and Defence in Budapest vom 1.-2. Dez. 2022 in Budapest).

Ich habe das Thema der Rede ohne das geringste Zögern angenommen, was sich nicht als sehr klug erwies. Als ich begann, Notizen für meine heutige Präsentation vorzubereiten, stellte ich fest, dass das Thema schwieriger ist, als es mir anfänglich vorkam.

Über eine stabile Weltwirtschaft zu sprechen, bedeutet nicht, ein klar definiertes und gut strukturiertes Thema zu erörtern. Es hat viele Dimensionen, die zu verschiedenen Disziplinen und zu mehreren Sozialwissenschaften gehören. Es gibt keine einfache Lehrbuchweisheit zu diesem Thema, weil es sie nicht geben kann. Selbst zuverlässigen Daten können nicht helfen und auch keine ausgefeilten ökonomischen Modelle. Ich kann daher nicht mehr versprechen, als ein paar grundlegende Anmerkungen zu machen.

Vielleicht können dabei meine persönlichen Erfahrungen und die Perspektive meines Landes eine Hilfe sein. Zumindest hoffe ich das. Meine Erfahrungen lassen sich kurz so zusammenfassen: vierzig Jahre Kommunismus, ein faszinierendes Jahrzehnt der Ära der radikalen Transformation in politischen Spitzenpositionen und zwei weit weniger befriedigende Jahrzehnte des Lebens in einem speziellen Gebilde, namens Europäische Union (Einige von Ihnen haben vielleicht von meinen bedauerlicherweise erfolglosen Bemühungen gehört, den für die europäische Demokratie, die Nationalstaaten und die europäische Wirtschaft verheerenden Vertrag von Lissabon zu blockieren).

Diese Mischung mag nützlich sein. Sie ist fast einmalig. Auch meine Perspektive ist von Bedeutung: ein kleines mitteleuropäisches Land ohne geopolitische Ambitionen, ein stark industrialisiertes Land, ein Land ohne Zugang zum Meer und ohne ausreichende inländische Reserven an natürlichen Ressourcen.

In dieser Sitzung sollen Wege diskutiert werden, die zum „Wiederaufbau einer stabilen Weltwirtschaft“ beitragen können. Das ist für mich ein eher illusorisches, wenn auch nicht völlig fehlgeleitetes Ziel. Es ist konstruktivistisch, und wir mit unserer künstlich aufgebauten kommunistischen Vergangenheit sind sehr zurückhaltend mit solchen Ambitionen. Ist der Wiederaufbau einer Weltwirtschaft eine sinnvolle Aufgabe? Wessen Aufgabe sollte das sein? Wer sollte das Mandat erhalten, die Weltwirtschaft wieder aufzubauen? Ein neuer zentraler Planer, oder heutzutage ein digitalisierter?

Leute wie ich neigen dazu, zu behaupten, dass Versprechungen zum Aufbau einer stabilen Weltwirtschaft in die Plenarsitzungen der UNO oder vielleicht des IWF gehören, aber nicht in die Versammlungen des Donauinstituts. Ich gehe nämlich davon aus, dass wir, heute hier versammelt, nicht an eine globale Steuerung der Wirtschaft glauben und auch nicht daran interessiert sind, die Rolle von Beratern zu spielen. Ich für meinen Teil bin sicherlich nicht motiviert, präskriptive Empfehlungen zu geben.

Trotzdem vergesse ich nicht mein Versprechen, ein paar Worte zu diesem Thema zu sagen. Lassen Sie mich auf zwei der vielen, sehr unterschiedlichen Dimensionen dieses Themas eingehen.

I. Die Rolle der Verschiebung der weltwirtschaftlichen Gravitationszentren

Ein Schlüssel zu dieser Debatte könnte darin bestehen, über mögliche und wahrscheinliche Verlagerungen der weltwirtschaftlichen Gravitationszentren (wie man sie manchmal nennt) in der absehbaren Zukunft zu spekulieren. Die aktuellen Trends und Tendenzen sind wohlbekannt und so unbestreitbar, dass es nicht nötig ist, statistische Daten vorzulegen. Das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft verlagert sich nach Osten. Die ursprünglichen Zentren Europa und Nordamerika haben in den letzten Jahrzehnten ersichtlich ihre bisherigen Positionen verloren. Vor allem Europa. In den 1990er Jahren kontrollierten die USA und Westeuropa fast 70 Prozent des weltweiten BIP, jetzt sind es nur noch 43 Prozent. Diese Verschiebung ist enorm, und sie wird sich fortsetzen.

Wenn ich mir die europäische Wirtschaft ansehe, die durch Überregulierung, Überbesteuerung, lächerliche Umweltauflagen und das aufdringliche Verhalten der EU-Bürokratie stranguliert wird, ist es offensichtlich, dass Europa nicht wachsen kann. Es ist zur Stagnation verdammt. Nicht überraschend ist es genau das, was wir gerade erleben.

Jetzt ist es sogar noch schlimmer – denn wir befinden uns in einer „Stagflation“. Die auf der Ideologie der Großen Mäßigung basierende Politik, die vor zwei Jahrzehnten so in Mode war, hat Inflationsraten hervorgebracht, die seit Jahrzehnten unbekannt sind – in meinem Land seit einem ganzen Jahrhundert. Die so viel gepriesenen Theorien und Modelle waren alle falsch, nicht nur das fast unglaublich lächerliche Konzept der Neuen Geldtheorie.

Im Gegensatz dazu sind China, Indien und andere BRICS (oder BRICS-ähnliche) nicht-westliche Länder auf dem Vormarsch und werden es auch weiterhin sein. Dies zu sagen ist weder neu noch revolutionär. Es ist bereits Teil der Mainstream-Orthodoxie geworden. Die unterschiedlichen Wachstumsraten des Westens und des Ostens werden bedeutende Folgen haben. Verschiebungen dieser Art destabilisieren die bestehenden Strukturen und untergraben die alte „Stabilität“.

In einer wachsenden Wirtschaft kann dies zu einem positiven Summenspiel führen. In einer stagnierenden oder gar schrumpfenden Wirtschaft wird sie das Gegenteil bewirken. Die historische Erfahrung lehrt uns, dass solche Entwicklungen oft zu Konflikten und Kriegen geführt haben. Ähnliche Konflikte und Kriege sind auch in absehbarer Zukunft zu erwarten. Die Ukraine ist nur ein Beispiel dafür. Dies wird die derzeitige fragile Stabilität der Weltwirtschaft sicherlich nicht verbessern.

Das Wachstum der Weltwirtschaft hängt natürlich nicht nur von den geografischen Verlagerungen in schneller wachsende Regionen ab. Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass das beispiellose Wachstum der chinesischen Wirtschaft in den letzten vier Jahrzehnten zweifellos zum raschen Anstieg des weltweiten BIP beigetragen hat. Dieser Faktor scheint mir nun hauptsächlich oder zumindest teilweise ausgeschöpft zu sein. Ich stimme mit Richard Jerram überein, dass „der Eintritt Chinas in das globale Handelssystem im Wesentlichen eine einmalige Veränderung war, die offenbar schon ihren Lauf vollendet hat.“

In Anbetracht der jüngsten politischen, sozialen und kulturellen Veränderungen in China und des relativ hohen wirtschaftlichen Reifegrads dieses Landes (ganz zu schweigen von seinem mehr als ernsthaften Problem der Überalterung) gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass China in den nächsten Jahrzehnten weiterhin schnell wachsen wird. Werden andere nicht-westliche Länder die bisherige Rolle Chinas übernehmen? Oder wird gar der Westen selbst in der Lage sein, dies zu tun? Darauf würde ich nicht wetten.

II. Die Rolle der Qualität des Wirtschaftssystems

Das weltweite Wirtschaftswachstum und seine Stabilität beruhen auf lange Sicht aber auf etwas ganz Anderem. Sicherlich nicht auf Wissenschaft oder Technologie, wie es von lautstarken Technokraten und Nicht-Ökonomen aller Art unverantwortlich verkündet wird, sondern auf der Effizienz des

Wirtschaftssystems. Damit komme ich zu meinem Hauptargument, nämlich zur Betonung der Qualität des Wirtschaftssystems. In dieser Hinsicht gibt es allerdings keinen Grund zum Optimismus.

Als Bürger und als Wirtschaftswissenschaftler habe ich Jahrzehnte meines Lebens in einem System verbracht, in dem die Wirtschaft nicht autonom war, sondern von apriorischen politischen Imperativen diktiert wurde. Dies war die Lektion, die sich tief in unsere Köpfe eingebrannt hat. Vor 54 Jahren, im August 1968, in der Woche, in der die Armeen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei einmarschierten, veröffentlichte ich einen Artikel, der es wagte, die besondere Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft in der kommunistischen Gesellschaft offen zu diskutieren. Dieses Thema geriet in den folgenden zwei Jahrzehnten in Vergessenheit.

Nach dem Fall des Kommunismus kehrten wir zu diesem Thema zurück. Diese Ära wird gewöhnlich als die konstruierte Wiedergeburt der Marktwirtschaft in unserem Teil der Welt verstanden. Ja und nein. Die entscheidende Veränderung war die Auflösung der ruinösen Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft, die Abschaffung der Dominanz der Politik. Die Wiedergeburt der Marktwirtschaft war eine Folge davon. Der Markt kann nicht künstlich konstruiert werden.

Im kommunistischen, zentralistisch verwalteten Wirtschaftssystem musste die Wirtschaft der Politik folgen. Das bringt mich zu meiner Hauptfrage. War das spezifisch für den Kommunismus? Kann es sich nicht auch ohne einen altmodischen Kommunismus wiederholen? Bewegen wir uns nicht schon jetzt in dieselbe Richtung? Führen die neuen Ideologien nicht dazu, dass ein ähnliches System wieder auftaucht?

Mit meiner Erfahrung und aus meiner Perspektive betrachtet, sehe ich diese Vermutung als eine unmittelbare Gefahr an. Die Autonomie der Wirtschaft in meinem Land, in der EU und im Westen wurde mit der Zeit zusehends unterdrückt – offensichtlich und entschlossen seit der Krise 2008-2009. Was waren die Hauptursachen für diese Entwicklung? Ich werde mich auf vier konzentrieren, die ich für die entscheidenden halte:

1. Nach dem Fall des Kommunismus gingen wir davon aus, dass der soziale Imperativ, der aus der altmodischen marxistischen Perspektive kam, bereits seine Kraft verloren hatte. Diese Überzeugung wurde durch die offensichtlich schwindende Macht der Gewerkschaften noch verstärkt. Wie wir heute sehen, war dies eine falsche Analyse und ein Wunschdenken unsererseits. Wir erleben, dass der Imperativ von der „Gleichheit aller“ nicht nur im wirtschaftlichen Bereich zu neuer Stärke gelangt ist. Die Idee der Gleichheit wird wieder einmal als Rechtfertigung für neue Formen der politischen Einmischung in die Wirtschaft benutzt. Die Folgen sind nicht weniger gefährlich als in der Vergangenheit. Sie werden heute in unverantwortlicher Weise von fast allen unterschätzt, weil es so aussieht, als hätten sie nichts mit dem Kommunismus zu tun.

2. In den letzten fünfzig Jahren, seit der Veröffentlichung der Bibel des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“, hat sich ein neuer politischer, d.h. nicht-ökonomischer Imperativ herausgebildet. Diese Bibel beruht auf den Grundsätzen wie sie grüne Ideologie mit Umweltschutz gleich setzt. Sie unterdrückt auf fatale Weise die wirtschaftliche Ratio und damit die Effizienz der Wirtschaft. Sie verändert die Qualität des Wirtschaftssystems grundlegend und untergräbt das Wirtschaftswachstum und die Weiterentwicklung. Keiner der heutigen politisch korrekten grünen Slogans kann mit Gründen der Rationalität verteidigt werden. Diese Slogans haben keine wissenschaftliche Grundlage. Sie sind politisch apriorisch. Und sie sind zielgerichtet destruktiv.

Zufälligerweise begann ich mit der Vorbereitung meiner Notizen für den heutigen Vortrag am Tag der Eröffnungssitzung des Klimagipfels in Sharm El Sheikh. Die skandalöse Aussage des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres, die Welt befinde sich auf einem „Highway zur Klimahölle“, braucht hier nicht weiter kommentiert zu werden. Solche nur politischen Standpunkte, die in reale Politik umgesetzt werden, verändern das Wirtschaftssystem. Die neuen Kriterien der Banken für die Bewertung von Investitionsprojekten und die Vergabe von Krediten, das so genannte ESG-System (Environmental, Social and Corporate Governance), stehen in krassem Widerspruch zur wirtschaftlichen Denkweise. Bedauerlicherweise protestieren die Wirtschaftswissenschaftler nicht laut genug. Sie ziehen es vor, auf einfache Weise zu promovieren und großzügige Stipendien zu erhalten.

3. Der dritte fundamentale Schlag gegen die wirtschaftliche Effizienz und die Wirtschaftsleistung ist die Beschleunigung des Übergangs vom Aktienbesitz zur Anspruchsgruppe (im Englischen vom share holder zum stake holder hier). Dies erklärt die irrationalen und arroganten Ansichten führender Geschäftsleute zu vielen aktuellen, nicht nur wirtschaftlichen Fragen. Ihr Verhalten untergräbt die Substanz der Marktwirtschaft und das Funktionieren des Systems der Eigentumsrechte. Dieser Prozess wurde bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert diskutiert, hat aber in den letzten Jahren eine neue Stärke erreicht. Das Prinzip der Gewinnmaximierung, dieses Symbol wirtschaftlicher Effizienz, ist mehr oder weniger als politisch unkorrekt abgetan worden. Dies untergräbt auf fatale Weise die Möglichkeit eines gesunden und stabilen Wirtschaftswachstums.
4. Die gesamte Idee unseres Übergangs vom Kommunismus zu freien Märkten beruhte auf dem freien Handel, auf der Ablehnung des Protektionismus, auf der Abschaffung des staatlichen Außenhandelsmonopols, auf der Kritik an der Bildung geographisch begrenzter Handelsblöcke usw. Eine der wichtigsten (und riskantesten) Entscheidungen in meiner frühen politischen Laufbahn war die Liberalisierung des Außenhandels in meinem Land am 1. Januar 1991. Das hat die Funktionsweise der Wirtschaft rapide verändert. Was wir jetzt erleben, ist das Aufkommen eines politisch motivierten

Neoprotektionismus und neuer Formen und Argumente der politischen Förderung von Handelsblöcken. Ich betrachte dies als einen fatalen Angriff auf den Freihandel.

Nicht zufällig verwende ich den modischen Begriff „Globalisierung“ nicht oft, denn er ist kein wirtschaftlicher Begriff. Er gehört in den Journalismus und in TV-Talkshows. Ich spreche lieber von zunehmender oder abnehmender Internationalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Das klingt jetzt politisch unkorrekt – es impliziert nämlich, dass eine Nation oder ein Nationalstaat die ursprüngliche Einheit, der Ausgangspunkt ist. Diese Denkweise ist heute nicht mehr zeitgemäß.

Was die so genannte Globalisierung betrifft, so wird deutlich, dass sie aufgrund der Komplexität der Technologie und der Lieferketten an ihre natürlichen Grenzen stößt. Wir sollten daher der Ratio von Innenpolitik mehr Aufmerksamkeit schenken. Kehren wir zurück zur Verteidigung von Offenheit, Freizügigkeit, Freihandel und liberalisierten Kapitalströmen! Wir sollten dies nicht nur ideologisch diskutieren.

Alles hier Gesagte zusammengefasst, lässt mich die Möglichkeit eines gesunden weltweiten Wirtschaftswachstums und einer gesunden Entwicklung in absehbarer Zukunft als pessimistisch einschätzen. Denn wie ich es bereits eingangs erwähnte, kann es ohne Wirtschaftswachstum keine Stabilität der Weltwirtschaft geben.

Anmerkung der EIKE-Redaktion

Wir danken Herrn Staatspräsidenten, Dr. Václav Klaus, ganz herzlich für seine Genehmigung, seine Rede – gehalten am 1.12.2022 im „Second Danube Summit on Geopolitics, Security and Defence in Budapest“ – in den EIKE-News zu veröffentlichen, ferner für die freundliche Überlassung eines Bildes von ihm für diesen Beitrag hier. Die Übersetzung ins Deutsche erfolgte von Horst-Joachim Lüdecke.